

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/198** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung erfolgt.

Ich rufe auf:

**11 Klares Bekenntnis zur sozialen Wohnraumförderung ablegen: bedarfsgerechte soziale Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen beibehalten**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/210

Ich eröffne die Beratung. – Für die CDU-Fraktion gebe ich dem Herrn Abgeordneten Schemmer das Wort.

**Bernhard Schemmer** (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute waren die zentralen Themen „Bildung“ und „Finanzen“. Für Nordrhein-Westfalen ist aber sicherlich auch das Thema „Wohnen“ wichtig. Wir brauchen preiswerte Wohnungen für die finanzschwächere Hälfte unserer Bevölkerung.

Schauen wir uns einmal die Zahlen des Wohnungsbaus an. In Nordrhein-Westfalen haben wir 8,5 Millionen Wohnungen. Wollten wir jährlich 1 % des Bestandes ersetzen, bräuchten wir also 85.000 neue Wohnungen pro Jahr. Das haben wir in den 90er-Jahren auch geschafft. Bis 2005, als die Steuerrechtsänderung kam, gab es gerade noch 50.000 neue Wohnungen. Derzeit sind es rund 35.000.

Davon wird ein Drittel, nämlich die Wohnungen für die Einkommensschwächeren, mit öffentlichen Mitteln gefördert. Nordrhein-Westfalen verfügt im Vergleich zu allen anderen Bundesländern über eine einmalige Wohnraumförderung für die einkommensschwachen Haushalte, und zwar sowohl im Mietwohnungsbau als auch bei den Eigentumsmaßnahmen. Daneben gibt es noch einige Sonderprogramme der Wfa.

Bei allen Unterschieden im Detail kann ich feststellen: Von 1949 bis jetzt gab es einen breiten Konsens von CDU, SPD und FDP sowie seit 1990 den Grünen in der Frage der Wohnungsbauförderung – selbst als das Wfa-Vermögen in der WestLB und später in der NRW.BANK haftendes Eigenkapital wurde.

Bei der Landtagsanhörung zur Vollintegration der Wfa in die NRW.BANK haben Städtetag, Städte- und Gemeindebund, Landkreistag, Bauwirtschaft, Architektenkammer, Ingenieurkammer-Bau und Bund Deutscher Baumeister mindestens 1 Milliarde € jährlich für den sozialen Wohnungsbau gefordert. Diese 1 Milliarde € sollte sogar ins Gesetz geschrieben werden. Rot und Grün haben dies massiv unterstützt. Wir von CDU und FDP haben zugesagt: Jawohl, wir stellen die 1 Milliarde € sicher – in 2008 fast 1 Milliarde €, in 2009 1,14 Milliarden €, in 2010 wieder 1 Milliarde €. Wir haben zugesagt: Jedes Vorhaben, das die Fördervoraussetzungen erfüllt, wird auch gefördert.

Jetzt ist es Aufgabe dieses Landtages, das, was Rot-Grün gesetzlich geregelt haben wollte und was wir bis heute durch praktisches Tun sichergestellt haben, nämlich mindestens 1 Milliarde € für die Wohnraumförderung zur Verfügung zu stellen, auch über die Landesregierung an die NRW.BANK weiterzugeben. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Ott das Wort.

**Jochen Ott** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Verständnis von sozialer Wohnraumförderung ist ein ganzheitliches. Es beginnt mit dem Erhalt und der Pflege von sozialen Wohnbeständen. Es geht weiter mit der zielgerichteten und bedarfsgerechten Förderung von sozialem Wohnungsbau. Es umfasst auch, den Mieterinnen und Mietern soziale Sicherheit und angemessene Lebensbedingungen zu sichern.

Nichts, aber auch gar nichts davon können Sie sich, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, auf Ihre Fahnen schreiben. In keinem dieser Bereiche haben Sie etwas Positives erreicht.

(Beifall von der SPD)

Die Entwicklung in Ihrer Regierungszeit ist noch nicht einmal von Untätigkeit geprägt gewesen, sondern von aktiver Politik gegen die soziale Ausrichtung der Wohnungspolitik in diesem Land.

(Beifall von der SPD und von Arif Ünal [GRÜNE])

In vielen Teilen des Landes haben Sie einen aktiven Feldzug gegen den geförderten Wohnungsbau unternommen. Sie haben sich zum Teil damit gebrüstet, dass Sie Teile von Städten in diesem Land frei von Sozialwohnungsbau oder zumindest nur gering davon betroffen gehalten haben.

Jetzt kommen Sie mit diesem Antrag hierher, meine Damen und Herren von der CDU, als seien Sie die Hüter und Bewahrer der sozialen Wohnraumförde-

rung. Das waren Sie nicht, und das werden Sie nie sein.

(Beifall von der SPD und von Arif Ünal [GRÜNE])

Wenn es eines Beweises bedarf: Sie haben 95.000 Wohnungen im Jahr 2009 an eine Heuschrecke verhökert. Das Ergebnis ist Mieterhöhung, Zurückfahren der Instandhaltung, Personalabbau und für die Beschäftigten „Sozialstandards ade!“. Herzlichen Dank, CDU!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Unseren Antrag zu Pflege und Erhalt von Wohnraum, der als Gegenmaßnahme geplant war, haben Sie abgelehnt. Sie haben das als nicht notwendig abgetan und Ihre unheilige Politik auch noch durch die Verhökerung der Wohnungsbestände unterstützt. Ferner haben Sie die Zweckentfremdungsverordnung abgeschafft, sodass in Ballungsräumen selbst bei Wohnungsnot die Umwandlung von Wohnraum in gewerblich genutzten Raum ermöglicht wird.

Das ist Ihre „soziale“ Wohnraumpolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU. Zielgerichtete und bedarfsgerechte Förderung von sozialem Wohnungsbau, da ist bei Ihnen Fehlanzeige. Sie haben dem Landeswohnungsbauvermögen in den Jahren 2006 bis 2009 insgesamt 147 Millionen € entzogen. Dieses Geld war für soziale Wohnraumförderung in NRW zweckbestimmt. Sie haben das Geld zum Schuldendienst gegenüber dem Bund verwandt und einen Teil dem Landeshaushalt zugeführt, um Lücken zu stopfen.

Das Landeswohnungsbauvermögen, gewachsen in 50 Jahren, auch durch die gezahlten Sozialmieten der Mieterinnen und Mieter, auf die stolze Summe von 18,5 Milliarden €, haben Sie der NRW.BANK einverleibt. Damit war das Ende des revolvingen Fonds für den sozialen Wohnungsbau gekommen. In der Riesenbilanzmasse der NRW.BANK ist ein Teilbetrag für finanzielle Transaktionen jedweder Art nicht mehr ausschließlich nur für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen.

Und Sie haben darüber hinaus mit dem Gesetz vom 1. Januar dieses Jahres zur Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen bzw. dem NRW.BANK-Gesetz dem Wohnungsbauvermögen der NRW.BANK einen weiteren Mühlstein mit dem Gewicht von 2,4 Milliarden € um den Hals gelegt. Seitdem müssen die Tilgungsrückflüsse aus Wohnraumförderdarlehen an den Landeshaushalt abgeführt werden. Damit wurde der zukünftige Förderspielraum durch die erforderlichen Zins- und Tilgungslasten erheblich eingeschränkt.

Das ist das finanzielle Ausbluten der sozialen Wohnraumförderung. Das haben Sie beschlossen, meine verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben zugleich diese Finanzierungsquelle des Landeswohnungsbauvermögens der politischen Kontrolle entzogen. Der Vorstand der NRW.BANK bzw. das Kabinett entscheidet heute – nicht mehr das Parlament.

Und Sie haben den Rahmen für die soziale Wohnraumförderung verschlechtert.

Die Abbruchpolitik hatte dann die Folge, dass die Wohnraumförderung 2009 mit dem Ergebnis von 1,14 Milliarden € meilenweit über dem Ansatz lag. Diese unseriöse, ja ruinöse Politik haben Sie von der CDU beschlossen. Und Sie haben sie politisch zu verantworten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn Sie jetzt diesen Antrag hier einbringen, dann setzen Sie dem Ganzen die Krone auf. Das hieße nämlich, die NRW.BANK weiter in die Schulden zu treiben. Sie haben schon jetzt zu verantworten, dass die Verschuldung der NRW.BANK in diesem Bereich allein von 2008 bis 2012 auf 2,38 Milliarden € steigen wird, obwohl die NRW.BANK Sie bereits im Dezember 2009 darauf hingewiesen hatte, dass das Förderniveau nicht gehalten werden kann. Wollen Sie das allen Ernstes, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU? Dann benennen Sie Ihren Antrag um und seien Sie ehrlich: CDU-Bankrott-Programm für die soziale Wohnraumförderung und die NRW.BANK!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Last but not least: Sie sind nicht die Sachstandswahrer des sozialen Wohnungsbaus in NRW, sondern Sie sind die Abrissbirne der sozialen Wohnraumförderung.

(Manfred Palmen [CDU]: So ein Unsinn!)

Ihre Bilanz in der sozialen Wohnraumförderung ist einzigartig: eine Spur der Verwüstung zu Lasten von Millionen von Mietern in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Norbert Römer [SPD] – Manfred Palmen [CDU]: Unverschämtheit!)

Deshalb ist das ein heuchlerischer Antrag, den wir zurückweisen. Es ist nicht anständig, damit so umzugehen. Ein Finanzminister hat einmal gesagt: Tote Hühner über den Zaun zu werfen, ist nicht in Ordnung. – Das machen Sie mit diesem Antrag. Das ist nicht in Ordnung. Die SPD wird ihn deshalb ablehnen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort die Frau Abgeordnete Schneckenburger.

**Daniela Schneckenburger** (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Abend ist vorangeschritten. Manchmal ist es so, dass man an solchen Abenden das Bedürfnis hat, eine Kerze anzuzünden. Die CDU-Fraktion hat allerdings eher das Bedürfnis, eine Nebelkerze hier im Landtag zu werfen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN – Zurufe von der CDU)

– Ja, es ist so. Wenn der Abend voranschreitet, kommt die Stunde, in der man nicht mehr gerne sehen möchte, was man getan hat, zum Beispiel in der Wohnungspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Schemmer. Jetzt rufen Sie „Haltet den Dieb!“, nachdem Sie die soziale Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen an vielen Stellen vor die Wand gefahren haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen gleich einmal sagen, wo das gewesen ist. Sie haben zwei Dinge getan – der Kollege hat schon darauf hingewiesen –: Erstens haben Sie sozusagen als Gipfel der Abbruchpolitik in der sozialen Wohnraumförderung das Wohnungsbauvermögen des Landes in die NRW.BANK voll integriert. Mehr als 14 Milliarden € Landeswohnungsbauvermögen des Landes, die über Jahrzehnte hinweg das finanzielle Fundament der Wohnungspolitik waren, haben Sie als haftendes Eigenkapital in die NRW.BANK überführt.

Wir als Grüne haben das kritisiert und gesagt: Das ist ein erhebliches Problem für die soziale Wohnungspolitik des Landes, und zwar deswegen, weil jetzt die Wohnraumförderung in unmittelbarer Konkurrenz zu anderen Förderzwecken des Landes steht. Damit haben Sie im ersten Schritt die soziale Wohnungspolitik des Landes untergraben. Und jetzt spielen Sie sich als Hüter der sozialen Wohnungspolitik auf. Das ist geradezu lächerlich.

Zweiter Punkt, zweite Schraube: Ich finde es in der Tat interessant, wer von der CDU-Fraktion am heutigen Abend anwesend ist und wer fehlt. Sie haben ja einmal einen Wohnungsbauminister gestellt, der – das muss man jedenfalls annehmen – eigentlich gut informiert gewesen sein müsste. Zum Beispiel müsste er gewusst haben, dass Sie dem Wohnungsbauvermögen Lasten im Umfang von 150 Millionen € pro Jahr übertragen haben. Damit haben Sie einerseits dem Haushalt des Landes einen Gefallen getan – dem Finanzminister damals –, aber Sie haben andererseits das Wohnungsbauvermögen belastet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Lienenkämper hat die Verantwortung für diesen Bereich getragen. Er müsste das gewusst haben. Er müsste auch gewusst haben, dass die schwarz-gelbe Landesregierung 2007 die Ausgleichsabgabe abgeschafft hat. Folge: 35 Millionen € fehlen dem Landeswohnungsbauvermögen.

Lutz Lienenkämper und der gesamten CDU-Fraktion in diesem Hause müsste bestens bekannt sein, dass aus den jährlichen Überschüssen aus dem Wohnungsbauvermögen in den Jahren 2007 und 2008 zur Finanzierung des Grundstückfonds Mittel in einer Größenordnung von 44 Millionen € abgeschöpft wurden. Sie haben Teile des Haushaltsplans des Bauministeriums aus dem Wohnungsbauvermögen finanziert und dieses Geld sozusagen damit dem Finanzminister überwiesen.

Sehr geehrte Damen und Herren, letztlich geht es um eine Summe der Wohnraumförderung, die Sie dem Wohnungsbauvermögen entzogen haben, die für die Ausgestaltung von sozialer Wohnungspolitik in diesem Land relevant ist. Das bedeutet, dass Sie in der Tat letztlich die Abrissbirne an die soziale Wohnraumförderung gelegt haben. Ehrlich gesagt, Sie müssten es gewusst haben.

Deswegen finde ich, wenn ich dies in dieser Deutlichkeit einmal so sagen darf, einen Antrag, der die Überschrift „Klares Bekenntnis zur sozialen Wohnraumförderung ablegen: bedarfsgerechte soziale Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen beibehalten“ trägt, sehr geehrte Damen und Herren und lieber Herr Schemmer, geradezu heuchlerisch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie waren zu jeder Zeit informiert. Sie wussten genau, worum es ging. Sie sind bereits Ende letzten Jahres darüber informiert worden, dass aus diesen Gründen die Förderhöhe nur noch 800 Millionen € betragen kann. In Richtung anderer Kolleginnen und Kollegen in diesem Saal kann ich nur sagen: Wenn Sie der CDU an dieser Stelle auf den Leim gehen, dann fände ich das ausgesprochen bedauerlich. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Herr Rasche das Wort.

**Christof Rasche** (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann natürlich wie meine beiden Vorredner um das Thema herumreden,

(Zuruf von der SPD: Hä?)

man kann sich mit der Vergangenheit beschäftigen, aber, meine Damen und Herren, vielleicht sollten wir in der Debatte zu der einzigen Frage kommen, um die es heute Abend geht: Bleibt es bei 1 Milliarde € Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen, ja oder nein? Das ist der springende Punkt, das ist die Frage, die wir heute beantworten müssen, und Sie eiern herum und verweigern eine ehrliche Aussage.

Meine Damen und Herren, in der letzten Legislaturperiode oder auch im Frühjahr dieses Jahres, ja bis zum letzten Tag vor der Landtagswahl waren sich

alle Fraktionen in diesem Hohen Haus einig. Alle haben gesagt: Ja, es muss bei 1 Milliarde € Wohnraumförderung bleiben.

SPD und Grüne haben vor der Landtagswahl und im Wahlkampf sogar gefordert, dass die 1 Milliarde € für Wohnraumförderung gesetzlich abgesichert sein müsse. Es gibt viele Beispiele, wo Sie das gefordert haben. Ich bringe hier zunächst mal zwei oder drei: Der heutige Parlamentarische Staatssekretär, Horst Becker, sagte beispielsweise in einer Plenarrede am 9. September 2009:

„... dann gehen Sie zumindest den Weg und schreiben Sie gesetzlich fest, dass jedes Jahr mindestens 1 Milliarde in den Wohnungsbau NRW fließt. Denn wenn Sie das nicht tun, dann greifen und spielen Sie zu kurz und die Menschen bezahlen einen hohen Preis.“

Auf Seite 146 im Wahlprogramm der Grünen geht es weiter. Dort steht:

„Wir Grünen wollen für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus im Land eine gesetzliche Mindestsumme festlegen. Unser Ziel ist, mit einem jährlichen Förderprogramm in Höhe von rund einer Milliarde Euro den Neubau und die Modernisierung von Wohnraum voranzutreiben.“

Meine Damen und Herren, die seinerzeitige Begründung für Ihre Forderung nach einer gesetzlichen Verankerung war, Sie wollten die vielen Mieterinnen und Mietern, die in Sozialwohnungen leben, den Mieterbund, die Wohnwirtschaft, die Architektenkammer, viele andere Institutionen davor schützen, dass in Zukunft diese 1 Milliarde € reduziert wird.

CDU und FDP haben diese Begründung nie verstanden, denn für FDP und CDU stand immer und steht nach wie vor fest, diese 1 Milliarde € Wohnraumförderung bleibt bestehen. Da war eine gesetzliche Absicherung völlig überflüssig.

Aber, meine Damen und Herren, wir konnten ja damals nicht ahnen, dass gerade SPD und Grüne die Mieterinnen und Mieter, den Mieterbund vor den eigenen Kürzungsplänen von SPD und Grünen schützen wollten, denn Sie wollen doch entgegen aller Aussagen vor der Wahl die Wohnraumförderung kürzen. Man hört es in allen Räumen und in allen Büros, die sich damit beschäftigen, dass Sie die Wohnraumförderung jährlich um 200 Millionen €, also in den fünf Jahren dieser Legislaturperiode um sage und schreibe 1 Milliarde € reduzieren wollen.

Seien Sie doch ehrlich. Sie wollten vor der Wahl dieses große Wählerpotenzial, was sich in Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich bewegt, für sich gewinnen, haben am Ende aber nicht das gehalten, was Sie versprochen haben. Glaubwürdigkeit sieht anders aus. Ich kann die Mieterinnen und Mieter verstehen, die sich von Ihnen betrogen fühlen.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Ja, Herr Körfges, Sie werden immer laut, aber die Argumente werden immer schwächer, und die SPD betreibt dieses unehrliche Spiel ja auch nach der Landtagswahl noch weiter. Noch am 8. Juli 2010 sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Herr von Grünberg, den ich sehr schätze und der als Vorsitzender des Mieterbundes geradezu Ihre Politik in diesem Bereich verkörpert – Zitat –:

„Der Bedarf für Wohnraumförderung in NRW bleibt hoch, so dass das Fördervolumen nicht unter die 1 Mrd. fallen darf.“

Jetzt kommt es noch besser:

„Hier müssen notfalls auch Haushaltsmittel eingesetzt werden.“

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie betrieben eine Politik der Unehrllichkeit vor der Landtagswahl und sind so frech und betreiben diese nach der Landtagswahl noch weiter. Wo kommen wir denn da hin?

(Beifall von der FDP und von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Beenden Sie endlich dieses – und jetzt benutze ich erneut die Wortwahl der Parlamentarischen Staatssekretärs, Horst Becker – „Spiel mit den Menschen“. Halten Sie Ihre Versprechen: 1 Milliarde € für den Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Die Linke hat das Wort die Frau Abgeordnete Demirel.

**Özlem Alev Demirel (LINKE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Linken sind für die Beibehaltung des Fördervolumens von 1 Milliarde €. Die Forderung der CDU-Fraktion ist richtig. Die Lobhudelei an die Vorgängerlandesregierung ist aber nicht angebracht.

Die CDU behauptet in Ihrem Antrag, die schwarzgelbe Regierung Rüttgers habe soziale Wohnbauförderung auf hohem Niveau betrieben. In Wirklichkeit ist die neoliberale Politik sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene die Wurzel des Übels. Seit über 30 Jahren haben Regierungen die soziale Wohnungspolitik unterminiert und Zug um Zug durch Markt ersetzt. Sprich: Förderung von Eigentum und Finanzinvestitionen, Privatisierungsorgien statt Wohnungsgemeinnützigkeit und statt dem Recht auf menschenwürdiges Wohnen die Ausbeutung des Wohnbedürfnisses für den Profit von Kapitalanlegern.

Hier in Nordrhein-Westfalen hat die CDU/FDP-Regierung Rüttgers die Zweckentfremdung gestrichen, die Kommunen fast aller wohnungspolitischen Instrumente beraubt und die Kündigungssperrfrist abgeschafft.

Diese schwarz-gelbe Regierung hat die Landesentwicklungsgesellschaft mit 98.000 Wohnungen an private Fonds verscherbelt. Und sie hat das Wohnungsbauvermögen des Landes in die NRW.BANK eingegliedert, mit rund 19 Milliarden € aus staatlichen Fördermitteln und aus Zahlungen der Sozialmieterinnen und Sozialmieter.

Was zuvor in öffentlicher Verantwortung war, ist somit in eine nach privatwirtschaftlichen Maßstäben operierende Einrichtung eingegliedert worden, offenbar mit fatalen Folgen. Darauf komme ich jedoch später zurück.

Im Antrag von der CDU wird übrigens unter anderem ein Loblied auf – ich zitiere aus Ihrem Antrag – „die Förderung energetischer Sanierung aus Gründen des Klimaschutzes und zur Senkung der Nebenkosten“ gesungen.

Man kommt gar nicht mehr mit bei dem rasanten Tempo schwarz-gelber Politik gegen Beschäftigte, Erwerbslose sowie Mieterinnen und Mieter. Vielleicht wussten Sie, als Sie diese Passagen geschrieben haben, noch nicht, was Angela Merkel inzwischen verkündet hat, dass nämlich die Eigentümer das Recht bekommen sollen, den Mieterinnen und Mietern einen erklecklichen Teil der für den Klimaschutz erforderlichen Ausgaben aufzubürden. Dies ist wieder einmal Erfolg der Eigentümerlobby.

SPD und Grüne haben in ihrem Koalitionsvertrag versprochen zu prüfen, ob es eine Rückabwicklung der Vollintegration des Sondervermögens der Wohnbauförderung geben kann. Das Mieterforum Ruhr beispielsweise hat dieses Versprechen begrüßt und zugleich gefordert, dass über die Prüfung hinaus unmittelbar die erforderlichen Weichen gestellt werden, um das Wohnungsbauvermögen zumindest zu wesentlichen Teilen zu retten. Genau das fordern wir Linken auch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Warum stehen SPD und Grüne heute nicht mehr zur Mindestgarantie von 1 Milliarde €, was sie in der vergangenen Legislaturperiode selbst gefordert hatten? Ist es etwa so, dass die NRW.BANK die erforderlichen Gelder tatsächlich nicht mehr zur Verfügung hat, oder sollen die Gelder etwa zu anderen Zwecken verschoben werden? Es ist unakzeptabel, dass wir hier auf Mutmaßungen angewiesen sind. Wir von der Linken werden alles tun, um mit einer umfassenden Anfrage den wahren Sachverhalt aufzuklären.

(Beifall von der LINKEN)

Wir werden in diesem Zusammenhang auch fragen, was denn das bisherige Ergebnis der von Ihnen versprochenen Prüfung in Sachen Rückabwicklung ist.

Meine Damen und Herren, der ganze Vorgang sollte uns allen eine Lehre sein. Immer wenn öffentliche Aufgaben zum Gegenstand privater Geschäftemacherei werden, dann gibt es nicht nur weitere soziale Verwerfungen, dann gibt es auch einen Verlust an Souveränität und Entscheidungsbefugnis der öffentlichen Hand einschließlich der Parlamente und Regierungen. Das ist eine Form der Selbstdemontage von Demokratie, und angesichts dessen ist es eine dringliche Aufgabe der öffentlichen Hand, Handlungsspielraum zurückzuerobern.

Wenn Sie uns heute hier sagen, werte Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsparteien, dass die Finanzierung der einen Milliarde aus der NRW.BANK nicht möglich ist, dann ist zweierlei Ihre Pflicht: erstens die Rückabwicklung zu forcieren, damit die Wohnbauförderung wieder unter die Kontrolle der öffentlichen Hand kommt, und zweitens als Sofortmaßnahme die Finanzierung der Garantiesumme aus Haushaltsmitteln zur Verfügung zu stellen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Voigtsberger.

**Harry Kurt Voigtsberger,** Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die Debatte bis jetzt verfolgt und habe das Gefühl, dass wir dabei sind, der Wohnraumförderung und der NRW.BANK schweren Schaden zuzufügen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich das begründen. Ich bin nun schon ein paar Monate in den Gremien der NRW.BANK. Es sind einige hier im Raum, die dort auch waren und Verantwortung getragen haben. Ich denke, sie haben das an verschiedenen Stellen sehr gut mitbekommen. Deswegen möchte ich auch mit einem Zitat aus einem Alarmbrief beginnen, den der damalige NRW.BANK-Vorstand schon im Dezember letzten Jahres dem damaligen Finanzminister Helmut Linssen geschrieben hat und in dem deutlich wurde, dass sich die Förderprogramme 2009 unabgesprochen und unkontrolliert entwickeln und die Bank deswegen entsprechend große Sorgen hat.

Herr Schemmer sagte eben, dass er sehr stolz war, wie sich das entwickelt hat. Sie sind stolz, dass Titel einfach unabgesprochen überzeichnet wurden und eine unkontrollierte Verschuldung eingegangen

wurde; denn, Herr Schemmer, der Vorstand schrieb damals – ich zitiere nur ein paar Sätze –:

Durch die Erhöhung des Wohnraumförderprogramms und weiterer 145 Millionen steigt der Fremdfinanzierungsaufwand, wodurch ein zusätzlicher jährlicher Zinsaufwand von rund 7 Millionen € ausgelöst wird. Dadurch fällt der Jahresüberschuss in den Folgejahren kontinuierlich ab. Die Programmhöhen der Jahre 2009 und 2010 belasten die Fördermöglichkeiten der Zukunft und werden in den darauf folgenden Jahren nicht mehr zu erreichen sein.

Das war der Brief des Vorstands der NRW.BANK. Das heißt, das, was da als grandiose Leistung dargestellt wird, ist, dass man einfach die Verschuldung und die Programme hat unkontrolliert laufen lassen und genau wusste, dass man das in der Zukunft bitter bezahlen wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der damalige Finanzminister Helmut Linssen und auch mein Vorgänger im Amt, Herr Lienenkämper, wussten genau – und wir wussten es auch; es ist ja in den Gremien der Bank zum Thema gemacht worden –, dass die hohen Förderprogramme der Jahre 2009 und 2010 nicht aus irgendeinem Vermögen heraus, sondern eben über Kredite finanziert worden sind, die die NRW.BANK aufzubringen hatte.

Sie wussten auch, dass dadurch die Fortsetzung der Wohnraumförderung der NRW.BANK in Höhe von einer Milliarde ab 2011 nicht mehr möglich sein wird. Das hat die NRW.BANK, wie gesagt, bereits im Dezember letzten Jahres ganz deutlich gemacht.

Interessant ist auch, dass das im Prinzip hier im Landtag nicht bekannt war. Diese Zusammenhänge waren nur den Gremien der NRW.BANK bewusst. Insoweit war es dann auch klar, dass im Sommer die große Überraschung eintrat und man dann im Koalitionsvertrag wenigstens formuliert hat, dass für die Wohnraumförderung die entstehenden Finanzierungsmittel, die über das revolving System zurückkommen, auch wieder komplett und zu 100 % der Wohnraumförderung zurückgegeben werden. Ich denke, seriöser und besser kann man es eigentlich nicht machen. Das müssten Sie im Prinzip mittragen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn Sie sehen, wie sich denn dieses Wohnraumförderprogramm finanziert, dann sind es einmal die Rückflüsse aus früheren Darlehen der sozialen Wohnraumförderung, planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen, die vom Bund bis mindestens 2013 noch für investive Maßnahmen im Wohnungsbau zweckgebundenen Kompensationszahlungen an das Land und natürlich auch erwirtschaftete Überschüsse aus dem Vermögen der sozialen Wohnraumförderung. Das alles zusam-

men ergibt dann wiederum die Summe, die für die Wohnraumförderung zur Verfügung steht.

Das ist für mich als zuständigen Minister im sozialen Wohnungsbau auch in Ordnung, das möchte ich auch haben. Das heißt doch: Wir greifen komplett diese Mittel ab, um die Wohnraumförderung über Jahre auf dem entsprechenden Niveau zu sichern und aufrechtzuerhalten.

Deswegen, meine Damen und Herren, sollten wir alle Interesse daran haben, dass im Bereich der sozialen Wohnraumförderung dauerhaft eben keine Verluste entstehen. Jeder Verlust wird im Jahr darauf wiederum fällig, es entstehen weitere Zinszahlungen, die Basis verringert sich permanent. So geben sie der Wohnraumförderung letztendlich auf Dauer einen Todesstoß, und das muss verhindert werden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch das hat uns die NRW.BANK vorgerechnet: Eine Fortschreibung des Fördervolumens von 1 Milliarde € würde bereits mittelfristig zu einem negativen Zinsergebnis und damit zu Verlusten im Jahresergebnis führen, sodass die Bank jetzt schon – Sie alle kennen das aus dem Handelsgesetzbuch – entsprechende Drohverlust-Rückstellungen bilden muss. Insoweit wird auch das wiederum dem Wohnraumförderungsvermögen entzogen. Man merkt: Wenn man sich einmal auf diese schiefe Ebene begibt, geht es immer schneller und schneller. Am Ende wird vor allem die Wohnraumförderung das Nachsehen haben.

Meine Damen und Herren, dass die Zinsgarantie des Landes für zukünftige Förderdarlehen nicht mehr gilt – das wissen Sie alle, das haben Sie hier beschlossen –, war ebenfalls Folge der Wfa-Integration. Insoweit muss man das einfach berücksichtigen.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Minister, Ihre Redezeit ist grundsätzlich abgelaufen.

**Harry Kurt Voigtsberger,** Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Ich muss noch ein paar Ausführungen machen. Ich denke, das ist wichtig.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, das alles weiß die CDU, das alles wissen Sie,

(Zuruf von der SPD: Alles Heuchler!)

denn letztendlich haben Sie diese Entscheidung an mehreren Stellen hier im Landtag gefällt und müssten also über alle Details informiert sein.

Es kommt ja noch einiges dazu. Bereits 2006 wurde die Wohnungsbauförderungsanstalt verpflichtet, die vom Land an den Bund zu leistenden Zinszahlun-

gen dauerhaft direkt zu übernehmen, das heißt: aus dem Haushalt in das Wohnraumförderungsvermögen zu übernehmen. Das alles wissen Sie, Herr Schemmer.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Soll das jetzt ein Schlaflied werden?)

Wenn Sie trotzdem sagen: Wir gehen davon aus, dass diese eine Milliarde zu halten ist, dann hat das unter kaufmännischen Gesichtspunkten keine Basis. Es ist nur unter den Gesichtspunkten einer weiteren Verschuldung überhaupt umsetzbar.

Deswegen halte ich die Basis dieses Antrags für durchaus nachvollziehbar, dass Sie erkannt haben, in der Vergangenheit einen Fehler gemacht zu haben,

(Beifall von der SPD –Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

dass das Wohnraumfördervermögen permanent abgeschmolzen wird, und dass Sie den wieder heilen wollen, indem Sie diesen Antrag stellen. Aber dass Sie letztlich nur versuchen, der jetzigen Landesregierung das Ganze in die Schuhe zu schieben, ist absolut unredlich und kann nicht akzeptiert werden.

Meine Damen und Herren, es ist doch klar: Wenn das Ganze über neue Schulden bei der NRW.BANK finanziert wird, werden Sie in Kürze natürlich wieder die Verschuldungspolitik der neuen Landesregierung demonstrativ geißeln. Insgesamt ist das alles ausgesprochen durchsichtig. Deswegen bitte ich darum, diesen Antrag abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister. – Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung die Redezeit um zwei Minuten und 55 Sekunden überschritten hat. Darauf muss ich im Interesse des Rederechts der Fraktionen hinweisen.

Mir liegt jetzt aber nur noch eine Wortmeldung vom Abgeordneten Schemmer von der CDU-Fraktion vor.

**Bernhard Schemmer (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Auftritte von Herrn Ott, Frau Schneckenburger und Herrn Voigtsberger haben mir eines gezeigt: Da sind drei Amateure in neue Jobs gebracht worden, von denen sie schlicht nichts verstehen. Ich will mal versuchen, das anhand von Zahlen zu erklären.

(Beifall von der CDU – Heike Gebhard [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit! – Britta Altenkamp [SPD]: Und Sie sind der Profi? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Sie haben anscheinend genauso wenig Ahnung, sonst hätten Sie nicht so ein dummes Zeug erzählt.

Wenn Zinsen genommen wurden, um andere Posten, Rückzahlungen an den Bund usw. zu leisten, dann ist das sicherlich so gewesen. Gleichzeitig hat es aber immer noch einen Gewinn beim Wfa-Vermögen gegeben. Das Wfa-Vermögen ist all die Jahre, bis heute, weiter gewachsen.

(Zuruf)

Herr Präsident, wenn ich darauf aufmerksam machen darf: Ich bitte, meine restliche, mir verbliebene Redezeit zuzüglich zur neuen Redezeit zu notieren und nicht nur die, die gerade übriggeblieben ist.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Nächstes Thema. Frau Schneckenburger sprach davon, das Wfa-Vermögen würde 40 Milliarden € betragen. Ich sage das einfach mal so: Jeder, der die Vorlagen gelesen hat, weiß, dass das Wfa-Vermögen 18 Milliarden € betragen hat und, so hoffe ich, auch noch heute beträgt. Im Übrigen sind nicht nur die 3 von den 18 Milliarden € verliehen, sondern darüber hinaus 5 Milliarden €, nämlich 23 Milliarden €. Das hat eine lange Tradition. Das hat gar nicht diese neue Regierung eingeführt.

Und nochmals: 2008 – 1 Milliarde € 2009 – 1,14 Milliarden € 2010 – 1 Milliarde €. Das Geld stand zur Verfügung und steht zur Verfügung. Ich brauche mir nur, Herr Rasche hat es angesprochen, Herrn von Grünberg anzugucken. Ich weiß noch, wie Sie ein bisschen weiter dort gesessen und bei der Anhörung gesagt haben, was Sie fordern. Wir haben das jetzt die ganze Zeit realisiert. Und jetzt gehen Sie hin und stimmen zu, den Antrag auf dieses Geld abzulehnen.

Als Letztes erlaube ich mir noch ein oder zwei Sätze aus der Rede des heutigen Parlamentarischen Staatssekretärs vom 9. September 2009 in diesem Hause zu zitieren:

„... wenn wir in den nächsten Jahren nicht als aller unterste Grenze jedes Jahr 1 Milliarde € in den Wohnungsbau ... stecken, also für die Wiederaufforstung – so nenne ich das – der Sozialwohnungsbaubestände, für energetische Sanierung und für Barrierefreiheit, dann fällt Nordrhein-Westfalen mit seinem relativ alten Wohnungsbestand dramatisch zurück.“

Recht hat er. Ich hoffe nur, dass die, die ihn heute tragen, auch bei dieser inhaltlichen Frage so unterstützen, wie das eigentlich richtig ist. Und deshalb kann ich nur noch mal sagen: Heuchlerisch, diesem Antrag nicht zuzustimmen! – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Heuchlerisch war nur der Antrag!)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schemmer. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Die antragstellende Fraktion der CDU hat um direkte Abstimmung gebeten. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 15/210. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Rhythmischer Beifall von der SPD – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von Minister Johannes Remmel und Minister Guntram Schneider: Volksfront!)

Das waren die Ja-Stimmen. Wer stimmt mit Nein? –

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Das Zweite war die Mehrheit.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Damit ist der **Antrag Drucksache 15/210** vom Parlament **abgelehnt** worden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung.

Die nächste Sitzung findet morgen, Freitag, 1. Oktober, 10 Uhr, statt.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und verweise auf den Parlamentarischen Abend der NRW.BANK.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 20:46 Uhr**

---

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.